


Nachsitzen im Betrieb

Grundbildung. Lesen, Schreiben, Rechnen – was bei Schulkindern vorausgesetzt wird, ist noch lange nicht für jeden Erwachsenen selbstverständlich: Fast jeder fünfte Erwerbstätige hat keine Berufsausbildung, mitunter nicht mal einen Schulabschluss – und weist folglich große Lücken in der Grundbildung auf. Mithilfe gezielter betrieblicher Weiterbildung ließe sich das ändern. 

Sie arbeiten als Haushaltshilfe, Lagerist, Maler, Fensterputzer, Gärtner oder Koch (Grafik): Geringqualifizierte müssen ihren Lebensunterhalt in der Regel mit ein-

fachen, manuellen Tätigkeiten bestreiten. Die Zahl der Un- und Angelernten ist trotz des Trends zur Höherqualifizierung überraschend groß:

Rund 7,3 Millionen Beschäftigte – also 18 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland – haben keinen Berufsabschluss.

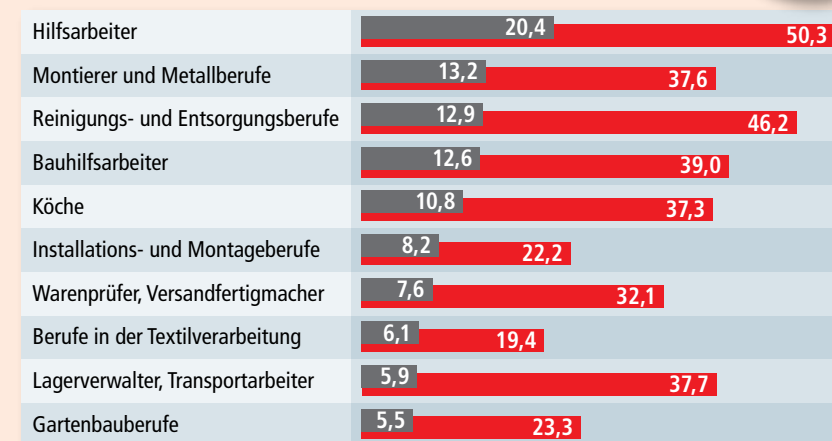
Zwar war diese Quote in Westdeutschland in den 1980er Jahren mehr als doppelt so hoch – damals gab es allerdings auch noch entsprechend viele einfache Jobs. Seitdem haben neue Technologien und die fortschreitende Automatisierung die Arbeitsprozesse derart verändert, dass die Anforderungen an die Erwerbstätigen sprunghaft gestiegen sind. Wer heute ohne Berufsausbildung dasteht, kann die steigende Komplexität der Arbeitsaufgaben deshalb kaum noch bewältigen. Das gilt erst recht für das Drittel jener Geringqualifizierten, die nicht einmal über einen Schulabschluss verfügen.

Vielen An- und Ungelernten mangelt es schon an grundlegenden Kompetenzen: Sie können nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen, um in der modernen Arbeitswelt zurechtzukommen. Selbst bei einfachen Tätigkeiten kommt →

Typische Jobs für Geringqualifizierte

So viel Prozent der Erwerbstätigen in diesen Berufsgruppen haben keinen ...

■ ... Schulabschluss ■ ... Berufsabschluss



Stand: 2009; ohne Berufsabschluss: einschließlich ohne Angabe
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 26

Inhalt

Immobilienpreise. Trotz schrumpfender Bevölkerung werden die Mieten nicht ins Bodenlose fallen.
Seite 3

Zypern. Defizite im Staatshaushalt und ein überdimensionierter Bankensektor bereiten dem Land Probleme.
Seite 4

MINT-Akademiker. Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker sind in vielen Berufen zu Hause.
Seite 5

Genossenschaften. Sie haben eine lange Tradition und eine große Zukunft: Genossenschaften erleben einen Boom.
Seite 6

Tourismus. Ausländische Touristen gaben im Jahr 2011 das meiste Geld in den USA aus.
Seite 7

Klimaschutz. Vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern bringen saubere Technologien viel.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ es heutzutage nicht nur auf einen angemessenen Umgang mit Kunden und Kollegen an: Vielmehr müssen auch in solchen Jobs Sicherheitsvorschriften verstanden und Informationen korrekt weitergegeben werden können. Eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) von mehr als 1.100 Unternehmen zeigt, dass die Arbeitgeber von ihren an- und ungelerten Mitarbeitern zunächst vor allem die

guten alten Tugenden erwarten (Grafik):

Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sind für fast alle Firmen die entscheidenden Einstellungskriterien bei der Auswahl von Geringqualifizierten.

Fast genauso wichtig ist den Arbeitgebern, dass diese Mitarbeiter in der Lage sind, deutsch zu sprechen und tätigkeitsrelevante Texte zu verstehen. Mathematische Kenntnisse wie Bruchrechnen haben als Einstellungskriterium hingegen eine deutlich geringere Bedeutung.

Die mangelnde Grundbildung der Geringqualifizierten wird von den meisten Firmen nicht nachgebessert. Zwar engagieren sich die Unternehmen recht aktiv für Qualifizierungsmaßnahmen – im Jahr 2010 führten mehr als 80 Prozent der Firmen formelle oder informelle Weiterbildungsmaßnahmen durch; doch die Angebote konzentrieren sich meist auf die Vermittlung betriebsrelevanter Kenntnisse. Zudem beteiligen sich Mitarbeiter ohne Berufsausbildung vergleichsweise selten an Weiterbildungsmaßnahmen:

Rund 46 Prozent der Erwerbstätigen, die 2010 an einer betrieblichen Weiterbildung teilnahmen, haben eine duale Berufsausbildung durchlaufen; weitere knapp 29 Prozent haben ein Studium absolviert; nur etwas mehr als 7 Prozent konnten überhaupt keine Berufsausbildung vorweisen.

Gleichwohl wäre fast ein Drittel der Unternehmen bereit, Geringqualifizierten am Arbeitsplatz Nachhilfe im Lesen und Rechnen zu geben. Bei staatlicher Unterstützung stiege der Anteil der förderbereiten Unternehmen sogar auf 38 Prozent an. Am ehesten tendieren größere Industriebetriebe dazu, sich dieser Aufgabe zu stellen. Die Mehrheit

jedoch, jede zweite Firma, sieht auch bei entsprechender Förderung keine Veranlassung, die Grundbildung ihrer an- und ungelerten Mitarbeiter nachzubessern.

Um die Arbeitsmarktchancen von geringqualifizierten Erwerbstätigen dennoch zu verbessern, hat das Bundesbildungsministerium ein Förderprogramm aufgelegt, das noch bis 2015 läuft. Eine Möglichkeit sollte dabei sein, dass Bildungsträger gemeinsam mit Unternehmen Strategien entwickeln, wie Geringqualifizierte am Arbeitsplatz Mindestkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen erwerben können.

Geringqualifizierte: Alte Tugenden gefragt

Auf die Frage: „Welche Mindestkompetenzen setzt Ihr Unternehmen bei Geringqualifizierten voraus?“ antworteten so viel Prozent der Befragten mit ...

Ehrlichkeit	98
Zuverlässigkeit	97
Pünktlichkeit	97
Leistungsbereitschaft	97
Situationsangemessen deutsch sprechen	96
Umgangsformen	96
Lernbereitschaft	95
Sachverhalte mündlich verständlich darstellen	94
Teamfähigkeit	94
Tätigkeitsrelevante Texte verstehen	90
Grundrechenarten beherrschen	89
Flexibilität (z. B. Bereitschaft zur Schichtarbeit)	86
Redebeiträge verstehen und angemessen wiedergeben (Arbeitsanweisungen, Kundenkontakte)	83
Einfache Sachverhalte schriftlich formulieren	82
Brüche/Dezimalbrüche beherrschen	56
Flächenberechnungen/Körperoberflächenberechnungen beherrschen	35

Mehrfachnennungen
Befragung von 1.114 Unternehmen zum Jahresende 2011
Prozentangaben: Antwortkategorien
„Ja, unverzichtbar“
und „Eher unverzichtbar“
Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 26

Alter, Geschlecht und Bildung


Der Nationale Bildungsbericht, den die Kultusministerkonferenz Ende Juni 2012 vorgelegt hat, enthält überraschende Zahlen: So konnten im Jahr 2010 von den 30- bis 35-jährigen Männern knapp 18 Prozent keinen Berufsabschluss vorweisen, bei den 60- bis 65-Jährigen waren es nur 12 Prozent. Bei den Frauen verhält es sich umgekehrt: 18 Prozent der 30- bis 35-Jährigen hatten 2010 keinerlei beruflichen Bildungsabschluss, in der älteren Generation waren es 25 Prozent. In puncto Studium hingegen liegen beide Geschlechter gleichauf: Jeweils 22 Prozent der 30- bis 35-jährigen Männer und Frauen hatten vor vier Jahren einen Hochschulabschluss in der Tasche.



aus IW-Trends
2/2012

Helmut E. Klein, Sigrid Schöpfer-Grabe:
Grundbildung und Beschäftigungsfähigkeit
von Geringqualifizierten – Betriebliche
Anforderungen und arbeitsmarktpolitische
Rahmenbedingungen
www.iwkoeln.de/trends

Sturz ins Bodenlose bleibt aus

Immobilienpreise. Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft in den kommenden 50 Jahren um bis zu 20 Prozent. Dies wird sich jedoch nicht eins zu eins auf die Wohnraumnachfrage auswirken, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. 

Wer über die Dörfer in Ostdeutschland fährt, sieht fast überall Plattenbauten mit zerbrochenen Fenstern, weil Menschen wegziehen und keine neuen nachkommen. Wer dagegen in Berlin von seiner Dachterrasse blickt, sieht fast überall Baukräne, weil die Hauptstadt hipp ist.

Die Mieten folgen diesen Trends. In den Metropolen und vielen Städten Süddeutschlands steigen sie weiter, im Osten und im Ruhrgebiet sinken sie dagegen.

Immobilieninvestoren konzentrieren sich daher auf Städte, die auch mittelfristig wachsen. Das wirkt sich schon heute auf die Preise aus:

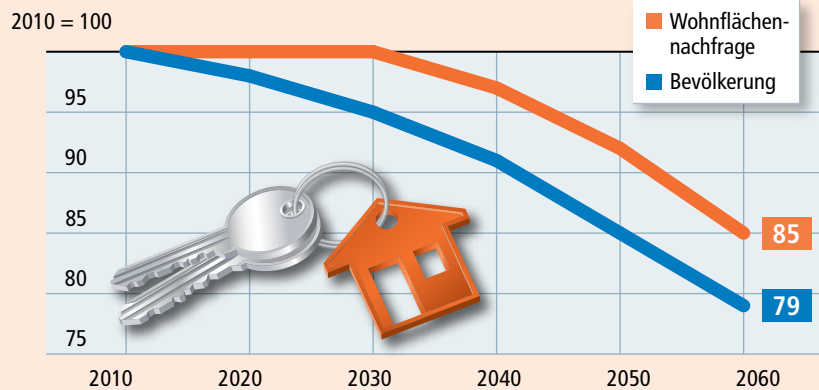
Wo man damit rechnet, dass die Nachfrage nach Wohnraum jährlich um 1 Prozent steigt, ist der Immobilienpreis schon jetzt um etwa 18 Prozent pro Quadratmeter höher als andernorts.

Die Investoren unterscheiden dabei sehr genau zwischen der erwarteten Flächennachfrage und der Bevölkerungsentwicklung. Letztere kann die Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen den Städten nämlich nicht erklären. Denn auch dort, wo immer weniger Menschen leben, sinkt die Nachfrage nach Wohnraum keineswegs entsprechend.


Warum das so ist, lässt sich leicht erklären: Selbst in „sterbenden“ Re-

Wohnraumnachfrage sinkt langsamer

2010 = 100



Bevölkerung: bei gleichbleibender Geburtenrate und konstanten Zuwächsen bei der Lebenserwartung sowie einer Nettozuwanderung von 100.000 Menschen pro Jahr; Wohnflächen-nachfrage: individuelle Flächennachfrage nach Alter, kombiniert mit der Bevölkerungsentwicklung
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 26

gionen leben immer mehr Singles – und zwei Singles beanspruchen statistisch gesehen mehr Wohnraum als ein Paar. Darüber hinaus bleiben ältere Menschen heutzutage in der Regel in ihren vier Wänden, selbst wenn die Kinder ausgezogen sind.

Nach IW-Berechnungen fällt die Wohnflächen-nachfrage daher erst nach 2030 unter den heutigen Wert und geht dann bis zum Jahr 2060 nur um 15 Prozent zurück (Grafik) – im Durchschnitt. Denn in München wird die Nachfrage nach Wohnraum bis 2025 noch um einen zweistelligen Prozentwert wachsen, in Frankfurt (Oder) aber um 20 Prozent sinken.

Dass die Wohnimmobilienpreise die künftige erwartete Flächennachfrage schon heute widerspiegeln, hat für die Immobilienwirtschaft weitreichende Folgen. Sie kann nicht damit rechnen, dass Investitionen in prosperierenden Städten zu weiter steigenden Renditen führen. Es sei denn, eine Stadt entwickelt sich besser als derzeit eingepreist.

Wer in Wachstumsregionen investiert, ist ohnehin auf der sicheren

Seite. So können Käufer von Münchner Wohnungen auch in 20 Jahren davon ausgehen, die Immobilie relativ schnell gewinnbringend weiterverkaufen zu können. Deshalb schlagen Investoren derzeit auch bei kräftig steigenden Preisen gerne zu.

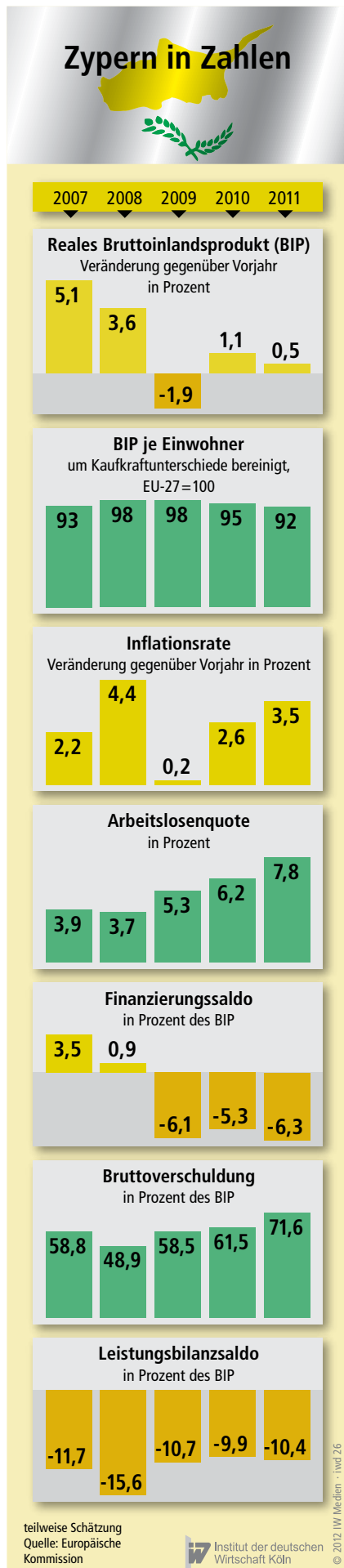
Auf der anderen Seite werden die Mieten in schrumpfenden Regionen zwar tendenziell fallen, aber nicht ins Bodenlose. Denn Mieten sind nach unten hin ziemlich starr. Immer weniger Menschen werden jedoch bereit sein, für Wohnraum in diesen Landstrichen den verlangten Preis zu zahlen. Es steigen die Leerstände. Der Rückbau von Wohnraum wird daher eine der wichtigsten immobilienwirtschaftlichen Herausforderungen sein.



aus IW-Trends
2/2012

Kirill Pomogajko, Michael Voigtländer:
Demografie und Immobilien – Der Einfluss der erwarteten Flächennachfrage auf die heutigen Wohnimmobilienpreise
www.iwkoeln.de/trends

Kleine Insel, riesiger Finanzmarkt



Zypern. Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Zypern steht unter keinem guten Stern. Der überdimensionierte Bankensektor des Landes ist durch die Krise in Griechenland ins Trudeln geraten und benötigt nun Finanzhilfen der anderen Eurostaaten. Auch die Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz machen Sorgen.

Zypern wird am 1. Juli die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union (EU) übernehmen. Die Freude über dieses Ereignis dürfte allerdings sehr verhalten ausfallen – denn vor wenigen Tagen musste das Land nun doch unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen.

Zypern ist vor allem wegen seines – im Vergleich zur realen Wirtschaft – überdimensionierten Finanzsektors in die Bredouille geraten:

Die Aktiva des Bankensektors machen etwa das 7,5-Fache des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, das 2011 rund 17,8 Milliarden Euro betrug.

Zum Vergleich: Im Durchschnitt der Eurozone ist es das 3,6-Fache. Wackeln also die Banken, wackelt ganz Zypern. Und genau das ist inzwischen eingetreten, denn die Geldhäuser der Insel sind stark in Griechenland engagiert, ein großer Teil ihrer Forderungen besteht gegenüber Schuldner aus dem europäischen Sorgenstaat.

Zypriotische Banken haben durch den Schuldenschnitt für den griechischen Staat bereits mehr als 3 Milliarden Euro verloren.

Hinzu kommen noch ausstehende Forderungen von rund 25 Milliarden

Euro – das entspricht mehr als 140 Prozent des zyprischen BIP.

Die vordringlichste Aufgabe ist es derzeit, die zweitgrößte Bank Zyperns zu rekapitalisieren. Dafür sind 1,8 Milliarden Euro frisches Kapital nötig, das der Staat aber nicht selbst aufbringen kann. Denn er leidet unter einem hohen Haushaltsdefizit und der schlechten Bewertung durch die Rating-Agenturen – nach Moody's und Standard & Poor's hat kürzlich auch noch Fitch die zyprischen Staatsanleihen auf Ramschniveau herabgestuft. Da dürfte die Regierung in Nikosia wehmütig auf das Jahresende 2011 zurückblicken, als sie sich noch selbst Luft verschaffen konnte – durch einen relativ billigen Kredit Russlands über 2,5 Milliarden Euro.

Doch nicht nur die Banken und die staatlichen Finanzen machen Probleme, sondern auch die Arbeitslosigkeit, die sich innerhalb von vier Jahren auf 7,8 Prozent verdoppelt hat (Grafik). Auf massive Ungleichgewichte deutet zudem das hohe Leistungsbilanzdefizit hin: 2011 lag es bei gut 10 Prozent des BIP.

In den vergangenen Jahren bereitete die Finanzierung dieses Leistungsbilanzdefizits keine Sorgen: Es kamen viele Direktinvestitionen und anderes Kapital ins Land. Doch diese Quellen dürften umso schneller versiegen, je niedriger Zyperns Bonität und je trüber seine Wachstumsaussichten sind. Daher hatten die Zyprioten kaum noch eine andere Wahl, als um Hilfen aus dem Rettungsfonds zu bitten, auch wenn die rund 800.000 Einwohner nun ein Sparprogramm akzeptieren müssen.

Vielgefragte Fachleute

MINT-Akademiker. Rechnerisch-analytisch denken, komplexe technische Probleme lösen – die Kompetenzen von Mathematikern, Informatikern, Naturwissenschaftlern und Technikern, also der sogenannten MINTler, sind in vielen Berufen gefragt. Der Bedarf an MINTlern geht weit über die klassischen Jobs wie Ingenieur oder Physiker hinaus.

Insgesamt sind in der Bundesrepublik derzeit 2,28 Millionen MINT-Akademiker erwerbstätig – und das in den verschiedensten Wirtschaftssektoren, Branchen und Berufen (Grafik):

Rund 60 Prozent der MINTler arbeiten – wie es ihre Ausbildung vermuten lässt – in einem technisch-naturwissenschaftlichen Beruf.

Die übrigen 40 Prozent haben andere Wege eingeschlagen. Etwa 225.000 MINT-Akademiker sind in Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftlichen Jobs beschäftigt, mehr als 128.000 davon als Unternehmer oder Geschäftsführer. So überrascht es wenig, dass zum Beispiel die Geschäftsführer und leitenden Angestellten in Maschinenbauunternehmen häufig Maschinenbauingenieure sind.

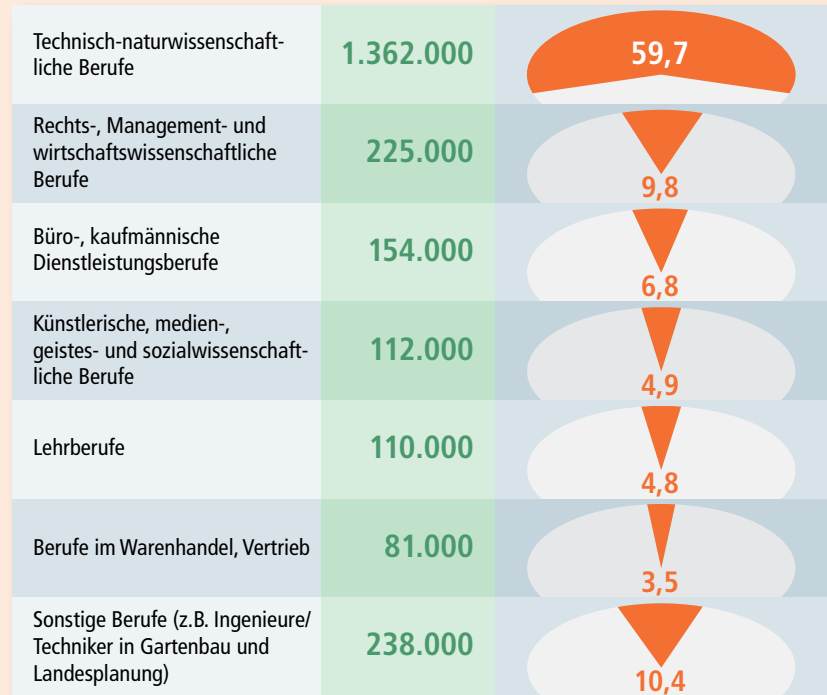
Weitere 154.000 MINT-Akademiker verdienen ihren Lebensunterhalt in Büro- und kaufmännischen Dienstleistungsberufen. Davon sind 22.000 als Verwaltungsfachleute im höheren oder gehobenen Dienst und 14.000 als Organisatoren oder Controller angestellt.

Auch in künstlerischen, medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Jobs sind die MINTler zu Hause –

Wo MINT-Akademiker arbeiten

So viele Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker arbeiteten 2009 in diesen Berufen

■ Anteil der in dieser Berufsgruppe erwerbstätigen MINTler an allen MINT-Akademikern



Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 26

allein 63.000 als Wissenschaftler und 12.000 als Publizisten.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld für MINT-Akademiker sind die Lehrberufe, vor allem Hochschullehrer und Dozenten haben oft einen entsprechenden Abschluss. So ist ein Physikprofessor in der Regel ein gelernter Physiker, und ein Maschinenbauprofessor ist Ingenieur.

Und schließlich sind die MINTler auch im Warenhandel und im Vertrieb gefragt. Rund 81.000 von ihnen haben zum Beispiel einen Job als Einkäufer oder Einkaufsleiter.

Um zu ermitteln, wie viele MINT-Hochschulabsolventen künftig gebraucht werden, um die Fachkräftelücke in Deutschland aufzufüllen, reicht es somit nicht, nur die klas-

sischen Berufe anzuschauen. Die Palette der möglichen Tätigkeitsfelder für MINT-Qualifizierte reicht vielmehr vom Professor an einem Forschungsinstitut über den Geschäftsführer in technikaffinen Unternehmen bis hin zum Lehrer an beruflichen Schulen.

Die steigende Nachfrage nach naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzen spiegelt sich auch in der Bezahlung wider – die begehrten Fachkräfte können sich in der Regel über eine ordentliche Entlohnung freuen: Die Bruttoverdienste für MINT-Akademiker sind mit rund 4.900 Euro im Monat deutlich höher als die Durchschnittsverdienste aller Akademiker – diese bekommen monatlich 350 Euro weniger.

Gemeinsam zum Erfolg

Genossenschaften. In Deutschland gibt es rund 7.600 Genossenschaften mit insgesamt mehr als 20 Millionen Mitgliedern. Allein in den vergangenen drei Jahren sind mehr als 600 dieser Kooperationen hinzugekommen.

Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Jahr der Genossenschaften erklärt, zudem findet am 7. Juli der jährliche Internationale Tag der Genossenschaften statt. Damit wird eine Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Kasten) gewürdigt, die in Deutschland schon auf eine rund 150-jährige Tradition zurückblicken kann. Denn bereits Mitte des 19. Jahrhunderts gab es die ersten Zusammenschlüsse von Handwerkern und Kleinbetrieben, die ihre Geschäfte durch die industrielle Revolution bedroht sahen.

Heute sind die Genossenschaften in fast allen Bereichen tätig – vom Agrarsektor über Handel und Handwerk bis hin zur Finanz- und Immo-

bilienbranche (Grafik). Die Zahlen zeigen, dass die Genossenschaften in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik keineswegs nur Nebendarsteller sind:

In den rund 2.500 landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich gut 560.000 Agrarproduzenten zusammengeschlossen, um ihre Erzeugnisse besser vermarkten und Betriebsmittel günstiger einkaufen zu können.

Auch im gewerblichen Bereich gibt es mehr als 2.000 Genossenschaften – darunter die Einzelhandelsriesen Edeka und Rewe. Kaum weniger zahlreich sind die Wohnungsgenossenschaften, die für ihre 2,8 Millionen Mitglieder einen Bestand von 2,2 Millionen Wohnungen verwalten – etwa 10 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland. Dem deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband zufolge investieren die Wohnungsgenossenschaften jährlich rund 3,4 Milliarden Euro in ihre Immobilien.

Genossenschaften

Die Genossenschaften bilden eine Brücke zwischen dem privatwirtschaftlichen Unternehmertum und Wirtschaftsformen, die primär auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind – wie die Betriebe der öffentlichen Hand. In einer Genossenschaft unterstützen sich die Mitglieder gegenseitig und bei ihrer Tätigkeit hat die Gewinnerzielung nicht unbedingt Priorität. Dennoch steht es den Mitgliedern und Kunden frei, auf Alternativen am Markt zurückzugreifen, um ihre Ziele zu erreichen. So können Landwirte ihre Produkte auch außerhalb ihrer Genossenschaft auf eigene Faust vermarkten und Mitglieder einer gewerblichen Genossenschaft dürfen auch bei anderen Lieferanten einkaufen.

Auch der hiesige Arbeitsmarkt profitiert vom genossenschaftlichen Engagement:







Laut DZ Bank, dem Spitzeninstitut der Genossenschaftsbanken, hatten die Genossenschaften in Deutschland Ende 2010 insgesamt 863.000 Mitarbeiter.

Und der Genossenschaftsgedanke ist höchst lebendig – in den vergangenen drei Jahren sind mehr als 600 Genossenschaften gegründet worden. So sind Windparks und Solaranlagen in genossenschaftlicher Zusammenarbeit von Unternehmen und Privatpersonen entstanden und Bürger meist ländlicher Kommunen betreiben Dorfläden, um die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Zudem kooperieren selbstständige IT-Dienstleister in Genossenschaften, um Materialkosten zu senken, und Mediziner bieten in Ärztehäusern gemeinsam verschiedene Gesundheitsleistungen an.

Genossenschaften in Deutschland

Gewerbliche Genossenschaften: Sie fördern die Wettbewerbsfähigkeit ihrer meist mittelständischen Mitglieder im Handel, Handwerk und in den freien Berufen.

Konsumgenossenschaften: Sie kaufen typischerweise Güter und Leistungen, die sonst auf dem Markt so nicht (mehr) erhältlich sind oder die sie im Genossenschaftsverbund billiger erwerben können.

	Zahl der Genossenschaften	Zahl der Mitarbeiter	Zahl der Mitglieder in 1.000
 Landwirtschaftliche Genossenschaften	2.480	84.122	563
 Gewerbliche Genossenschaften	2.018	543.272	315
 Wohnungsgenossenschaften	1.931	23.600	2.822
 Genossenschaftsbanken	1.157	186.939	16.689
 Konsumgenossenschaften	33	14.330	355
 insgesamt	7.619	862.500	20.744

Stand: Jahresende 2010; Mitarbeiter insgesamt: einschließlich Mitarbeiter genossenschaftlicher Rechenzentralen, Verbände und Verlage; Quelle: DZ Bank Research

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · IWD 26

Urlaub bei Uncle Sam

Tourismus. Ausländische Besucher haben in den Euro-Krisenstaaten im vergangenen Jahr wieder mehr Geld ausgegeben als in den Vorjahren. Die höchsten Einnahmen aus dem Tourismus erzielten allerdings die USA. Beim Geldausgeben dagegen stehen die Deutschen ganz oben.

Viele Menschen starten in diesen Tagen in den Sommerurlaub und die meisten zieht es wie immer ins Ausland. Das Fernweh ist allerdings in diesem Jahr größer denn je – der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) zufolge wird es 2012 weltweit erstmals über 1 Milliarde Urlaubsreisen über die Grenzen hinweg geben. Das wären 3 bis 4 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Mehr Gäste wären gerade für die südeuropäischen Krisenländer wichtig, denn deren Wirtschaft kann jeden Euro gebrauchen. Ohnehin spielt der Tourismus in diesen Staaten traditionell eine große Rolle.

Beispiel Griechenland: Nach einem deutlichen Minus in den vorangegangenen beiden Jahren gaben ausländische Reisende 2011 gut 9 Prozent mehr Geld in hellenischen Hotels, Cafés und Museen aus als 2010 – insgesamt 10,5 Milliarden Euro. Diese Summe reichte auf der internationalen Hitliste der Einnahmen aus dem Tourismus zwar nur für Platz 19, entsprach aber fast 5 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Zudem arbeiteten im vergangenen Jahr nach Angaben des World Travel & Tourism Council etwa 350.000 Menschen in der griechischen Tou-

rismusbranche – das waren rund 9 Prozent aller Beschäftigten.

Auch Portugal konnte sich im Jahr 2011 mit 8,1 Milliarden Euro – umgerechnet 4,7 Prozent des BIP – über gut 7 Prozent höhere Ausgaben ausländischer Urlauber freuen als im Jahr zuvor. Damit versorgte der Tourismus fast 7 Prozent aller Beschäftigten in Portugal mit einem Job.

In Spanien und Italien spielen die Besucher für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zwar eine weniger große Rolle. Im internationalen Vergleich der gesamten Touristen-Ausgaben liegen diese Staaten dennoch weit vorn (Grafik). So belegte Bella Italia 2011 Platz fünf – dort gaben ausländische Besucher knapp 31 Milliarden Euro aus. Spanien kam mit 43 Milliarden Euro sogar auf Platz zwei.

Unangefochtene Nummer eins waren allerdings die USA:

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ließen ausländische Touristen im vergangenen Jahr rund 84 Milliarden Euro – das waren rund 11 Prozent der weltweiten grenzüberschreitenden Reiseausgaben.

Deutschland erreichte mit fast 28 Milliarden Euro zwar „nur“ Rang sechs bei den Einnahmen. Dafür halten die Deutschen den Titel des Ausgaben-Weltmeisters:

Die Bundesbürger gaben 2011 nahezu 61 Milliarden Euro für Auslandsreisen aus – mehr als jedes andere Volk.

Hinter den zweitplatzierten Amerikanern belegen die Chinesen inzwischen schon Rang drei. Aber auch als Reiseziel hat sich das Reich der Mitte in den Top Ten etabliert.

Milliardengeschäft Tourismus

So viele Milliarden Euro haben Reisende aus diesen Ländern 2011 im Ausland ausgegeben

1	Deutschland	60,6
2	USA	56,8
3	China	52,2
4	Vereinigtes Königreich	36,3
5	Frankreich	29,9
6	Kanada	23,7
7	Russland	23,3
8	Italien	20,7
9	Japan	19,5
10	Australien	19,3

So viele Milliarden Euro haben ausländische Reisende in diesen Ländern 2011 ausgegeben

1	USA	83,5
2	Spanien	43,0
3	Frankreich	38,7
4	China	34,8
5	Italien	30,9
6	Deutschland	27,9
7	Vereinigtes Königreich	25,8
8	Australien	22,6
9	Macao (China)	21,0
10	Hongkong (China)	19,5

Daten für Macao geschätzt
Quelle: Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 26 -
Foto: Composit, fotolia

Viele Wege nach Rio

Klimaschutz. Für die Verbesserung des globalen Klimas ist es egal, wo CO₂ eingespart wird. In den Schwellen- und Entwicklungsländern lässt sich mit dem gleichen finanziellen Einsatz nämlich oft mehr erreichen als hierzulande.

In Rio de Janeiro wurde in der vergangenen Woche einmal mehr über die nachhaltige Entwicklung und den Klimaschutz diskutiert. Um hier Fortschritte zu erzielen, muss vor allem die Energieerzeugung in den Schwellen- und Entwicklungsländern viel klimafreundlicher werden. Denn auf diese Staaten entfallen 90 Prozent des bis zum Jahr 2035 prognostizierten Wachstums des Energieverbrauchs.


Wie aber lassen sich in Indien oder China jene sauberen Technologien verbreiten, die sich in Deutschland zunehmend durchsetzen? Eine Antwort: private Investoren ins Boot holen. Das ist keine unmögliche Aufgabe. Deutsche Firmen sind durch-

Was den Klimaschutz in Schwellen- und Entwicklungsländern unterstützt

Angaben in Prozent

Abbau von Handelshemmnissen	73	Bilaterale Wirtschafts-/Klimadialoge	61
Besserer Schutz geistigen Eigentums weltweit	71	UN Green Climate Fund zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten	60
Erhalt und Verbesserung der flexiblen Kyoto-Mechanismen	66	Geplanter UN-Mechanismus zum Technologietransfer	54
Verbindung bestehender Emissionshandelssysteme	62	Freiwillige CO ₂ -Kompensationsprojekte	32
Öffentlich-private Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit oder in der internationalen Klimaschutzinitiative	61		

Befragung von 157 Umweltexperten der Wirtschaft im März/April 2012; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 26 - Foto: Jonas Köpfer/MEY

aus bereit, sich beim Technologietransfer zu engagieren – sofern einige Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Freier Handel mit Klimaschutzgütern. Die beste Filteranlage nutzt nichts, wenn Schwellenländer darauf hohe Einfuhrzölle erheben oder den Einbau durch lokale Vorschriften behindern. Mehr als 70 Prozent der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) befragten Umweltexperten halten die Beseitigung solcher Handelshemmnisse für wichtig, wenn sich klimafreundliche Technologien in den Schwellenländern schneller verbreiten sollen (Grafik).

2. Verlässlicher Schutz von Innovationen weltweit. Kein deutsches Unternehmen wird im Ausland in Klimaschutztechniken investieren oder Anlagen dorthin liefern, wenn es befürchten muss, dass seine Techniken abgekupfert werden. Diese Meinung vertreten ebenfalls gut 70

Prozent der Umweltexperten. Entsprechende Vereinbarungen zum Patentschutz müssen daher dringend gestärkt werden.

3. Erhalt und Verbesserung des Clean Development Mechanism (CDM). Die Teilnehmer des Kyoto-Protokolls müssen nicht zwingend ihre eigenen Emissionen reduzieren. Sie können auch in Schwellen- und Entwicklungsländern investieren und dafür Emissionszertifikate erhalten, um so ihren Verpflichtungen im europäischen Emissionshandel nachzukommen.

Ab 2013 wird diese Möglichkeit jedoch weiter eingeschränkt, was den Technologietransfer verlangsamt und ökonomisch unsinnig ist. Denn oft kann man mit demselben Aufwand in Entwicklungsländern viel mehr erreichen als in Industrieländern.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/ Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.